

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von der Bundesregierung jüngst beschlossenen **Steuerreformvorschläge sind richtig und vor allem gerecht**: Der Steuertarif steht fest, ist unbeweglich. Die Arbeitnehmer aber erhalten Lohnsteigerungen. Die Einkommen steigen. Damit aber wandern diese Einkommen von Jahr zu Jahr mehr in den Tarif hinein, die Belastung des Einzelnen steigt. Gleichzeitig steigen aber auch die Preise. Damit sinkt – trotz Lohnsteigerung – die Kaufkraft des jeweiligen Steuerzahlers. Beispiel: Ein Facharbeiter verdient 43.000 €. Er bekommt 2,5 % Lohnsteigerung und erhält dann 44.075 €. Dadurch aber erhöht sich auch seine Steuerlast von 4.644 auf 4.902 €. Auch die Sozialabgaben steigen. Schließlich steigen die Preise. Dadurch reduziert sich die Kaufkraft seines Netto-Einkommens. **Im Endeffekt verdient der Facharbeiter zwar nominal 818 € mehr, in Kaufkraft umgerechnet aber 138 € weniger. Das ist die „kalte Progression“.** Das Problem verschärft sich gegenwärtig noch, weil die Inflation höher ist als die Lohnzuwächse. **Diese Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen. Wir wollen, dass die Lohnsteigerungen der Arbeitnehmer nicht in der Steuerkasse landen, sondern wirklich bei den Arbeitnehmern ankommen.** Deswegen ist es geboten und vor allem gerecht, den schleichenden Steueranstieg zu korrigieren.

Um das Thema Steuerpolitik ging es auch beim **Treffen des Vorstandes des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) im Kanzleramt** im Oktober 2011



Foto: Bundesregierung, Jochen Eckel, 18. Oktober 2011

100.000 € für „Remarques Impressionisten“

Nach dem Besuch von Kulturstaatsminister Bernd Neumann im Sommer nun die erfreuliche Nachricht für das Osnabrücker Nussbaum-Haus. Für die Ausstellung „Remarques Impressionisten“ erhält das Nussbaum-Museum 100.000 € Förderung aus Bundesmitteln. Dr. E.h. Fritz Brickwedde und Mathias Middelberg hatten sich hierfür beim Kulturstaatsminister eingesetzt.

☞ Presse

*Hannoversche Allgemeine Zeitung
vom 1.11.2011*

Am Sonntag beschließt Berlin eine Steuersenkung

Offen ist nur noch das Wie
Schwarz-Gelb verhandelt über zwei Modelle

VON MICHAEL M. GRÜTER
UND STEFAN KOCH

Berlin. Die Steuerzahler sollen um sechs Milliarden Euro entlastet werden. Wie es am Montag aus Regierungskreisen hieß, will sich die Koalition am kommenden Sonntag auf die Details einigen: Entweder sinkt ab 2013 der Solidaritätsbeitrag, oder die sogenannte kalte Progression wird entsprechend durch einen neuen Tarifverlauf abgesenkt.

Nach den jüngsten internen Steuerstreitigkeiten drückt die Koalition aufs Tempo. Das Thema müsse „vom Tisch“, sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder. In CDU-Kreisen hieß es gestern, dass Kanzlerin Angela Merkel nun doch für eine Senkung des Solidaritätsbeitrags sei, da diese Steuer ausschließlich dem Bund zugute kommt und die Zustimmung der Länderkammer nicht notwendig ist. CDU/CSU und FDP könnten also mit einfacher Mehrheit das Vorhaben umsetzen.

Führende Unionsleute halten den konkreten Weg ohnehin für eine eher technische Frage: „Das, was wir machen, muss vor allem gerecht sein. Das ist entscheidend, egal, ob wir das über die Verschiebung der Steuerprogression oder Ermäßigungen beim Soli erreichen“, sagte der niedersächsische Finanzexperte Mathias Middelberg dieser Zeitung.

Ähnliche Äußerungen sind von den Liberalen zu hören: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir am Wochenende zu einer Lösung kommen“, sagte FDP-Generalsekretär Christian Lindner vor Journalisten in Berlin. Es sei das Ziel, untere und mittlere Einkommen zu entlasten. So könnte die Koalition beim Soli die Grundfreibeträge anheben, um Geringverdiener gestaffelt und gezielt zu entlasten. Die Entschuldung des Staates habe aber oberste Priorität. Derzeit liefen die Beratungen mit den Bundesländern, die Änderungen im Steuersystem im Bundesrat stoppen könnten.

Ganz gleich, für welches Modell sich die Regierung entscheidet: Angesichts der steigenden Steuereinnahmen stehen die Chancen gut, dass es nun endlich zu einer Finügung kommt. Wie es gestern in Regierungskreisen hieß, lässt sich die Steuersenkung finanzieren, „ohne dass Bund, Länder und Gemeinden ihre Nettokreditaufnahme ausweiten müssten“. Für weitere neue Ideen, Projekte oder politische Gestaltungsvorhaben auf Bundesebene seien dann jedoch keine Reserven mehr vorhanden.

Vorstand des PKM zum Arbeitsgespräch bei Bundespräsident Wulff, Oktober 2011



Foto: Bundespresseamt, Guido Bergmann, 8. September 2011

CDU/CSU-Fraktionskongress "Zukunftsstandort Deutschland – Welche Infrastruktur brauchen wir?"

"Deutschland verfügt nur sehr begrenzt über Bodenschätze. Vom Verkauf von Rohstoffen können wir uns nicht ernähren. Unser Kapital sind unsere klugen Köpfe, unsere erstklassige Infrastruktur und die industrielle Basis in Deutschland. – Viele die gegen Stuttgart 21, gegen neue Stromtrassen, Kraftwerke oder Windparks demonstrieren, verkennen, dass wir uns stetig weiterentwickeln müssen um als Industrienation im internationalen Wettbewerb nicht zurückzufallen. Die Umsetzung neuer Infrastrukturprojekte wird in Deutschland allerdings immer schwieriger. Das kann auf Dauer nicht so bleiben. Wir brauchen eine zukunftsgerechte Weiterentwicklung, um Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern." – so lautete die Einladung von Mathias Middelberg zum Kongress „Zukunftsstandort Deutschland – Welche Infrastruktur brauchen wir?“ der CDU/CSU Bundestagsfraktion am 19. Oktober im Berliner Reichstag.



V.l.n.r.: Hermann Bröring, Albert Rupprecht, Mathias Middelberg, Ulrich Grillo (Vorstand der Grillo-Werke AG), Dr. Jürgen Großmann, Dr. Michael Fuchs (Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand), Volker Kauder (Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

der vorzeitigen Realisierung der Autobahn A31 im Emsland und gab insofern ein Beispiel für eine gelungene Kommunikation wichtiger Infrastrukturprojekte gegenüber dem Bürger. Weitere Teilnehmer auf dem Podium waren **Prof. Manfred Güllner** (Geschäftsführer Forsa-Institut), **Jost de Jager** (Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein), **Dr. Volker Kefer** (Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bahn AG) und **Dr. Dierk Paskert** (Mitglied des Vorstandes der E.ON Energie AG).

Herzliche Grüße

Vorbehalte gibt es in den ostdeutschen Ländern: Vor allem Sachsen-Anhalts Regierungschef Reiner Haseloff (CDU) hält den Soli für ein Symbol für die Solidarität in ganz Deutschland, das nicht verloren gehen dürfe. Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) hatte bereits am Wochenende darauf hingewiesen, dass der Wegfall des Soli ein Zeichen von Entsolidarisierung wäre.

Reden im Bundestag



Am 26. Oktober sprach Mathias Middelberg in der Aktuellen Stunde auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Unklare Konzepte der Bundesregierung zu Steuersenkungen". In einer weiteren Debatte zur Steuerpolitik sprach er am 11. November. Die Reden finden Sie im Video-Archiv des Deutschen Bundestages unter: dbtg.tv/vid/17/135/25/13 sowie dbtg.tv/vid/17/140/3/3

Bürgersprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am **Montag, 5.12.2011 von 14.00- 16.00 Uhr**, im Wahlkreisbüro Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück statt. Interessierte sind herzlich eingeladen. Um kurze Voranmeldung im Wahlkreisbüro wird gebeten.

Kontakt

Büro in Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 227 – 71382
Fax: 030 227 – 76882
mathias.middelberg@bundestag.de

Büro im Wahlkreis

Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück
Tel.: 0541 57067
Fax: 0541 957999
mathias.middelberg@wk.bundestag.de

www.mathias-middelberg.de